



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen zwischen dem Senat und der Bürgerschaft / Senat der Freien Hansestadt Bremen ; Bürgerschaft Bremen 1922

20.10.1922 - Beschlüsse des Senats

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Beschlüsse der Bürgerschaft

vom 20. Oktober 1922.

1. Antrag wegen Genehmigung von Wohnungskündigungen.

Die Bürgerschaft überweist ihrem Ausschuß wegen des Reichsmietengesetzes als weitere Aufgabe die in der Bürgerschaft gegen das Wohnungsamt vorgebrachten Beschwerden zur Prüfung und zum Bericht.

2. Steuerordnung für die Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Gesetzentwurf (Verhdlgn. S. 765) mit folgenden Änderungen:

1) § 1 erhält im Eingang folgende Fassung:

„Religionsgesellschaften, die im Bremischen Staat die Rechte einer öffentlich rechtlichen Körperschaft im Sinne des Artikels 137 der Reichsverfassung haben, usw.“

2) in § 1 wird folgender 2. Absatz hinzugefügt:

„Der Beschluß einer Religionsgesellschaft, eine Steuer zu erheben, ist von ihr öffentlich bekannt zu machen.“

3) in § 3 wird als 3. Absatz eingefügt:

„Bei der erstmaligen Einführung einer Steuer auf Grund dieses Gesetzes tritt die Steuerpflicht nicht in Kraft, wenn innerhalb der ersten drei Monate nach der im § 1, Absatz 3 dieses Gesetzes vorgeschriebenen Veröffentlichung des Beschlusses eine ordnungsgemäße Austrittserklärung erfolgt.“

Abatz 3 wird Abatz 4.

3. Gestaltung der Geschäftsführung der Kriegsdeputation im Rechnungsjahre 1922.

Die Bürgerschaft nimmt den Bericht (Verhdlgn. S. 800) dankend entgegen.

4. Ergänzung der Behörde für das Jugendamt.

Die Bürgerschaft wählt an Stelle des ausscheidenden Herrn Pastor Bode in die Behörde für das Jugendamt Herrn Dr. Gebert.

5. Bewilligung von Zuschüssen an die Stadtbremischen Gerichtsvollzieher.

Die Bürgerschaft stimmt den Anträgen des Senats (Verhdlgn. S. 808) zu.

Sie beauftragt ihren Ausschuß wegen Notariats- und Gerichtsvollzieherwesen zu prüfen, weshalb beeidigte Auktionatoren in der Stadt Bremen nicht zugelassen werden, und ob die Nichtbeeidigung stadtbremischer Auktionatoren noch weiter gerechtfertigt ist.

6. Abänderung der §§ 75 und 76 des bremischen Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Gesetzentwurf (Verhdlgn. S. 808/09).

7. Gesetz über Gebühren für die Prüfung von Bücherrevisoren.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Gesetzentwurf (Verhdlgn. S. 809) mit der Maßgabe, daß das Datum in Artikel 1, Zeile 2 „vom 22. Januar 1921“ der Überschrift angefügt wird.

8. Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Beisitzer des Kaufmannsgerichts in Bremen.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Gesetzentwurf (Verhdlgn. S. 813) mit der Maßgabe, daß Artikel 1, Absatz 2 folgende Fassung erhält:

„Die Einnahmen des Kaufmannsgerichts fließen in die Staatskasse. Ebenso trägt sie die Kosten. Die Beisitzer erhalten für jede Sitzung, der sie beigewohnt haben, Vergütung etwaiger Reisekosten und eine Entschädigung von 100 M. Der Senat kann im Benehmen mit der Finanzdeputation zu dem Entschädigungssatze einen Teuerungszuschlag bewilligen.“

Sie ersucht den Senat, ihr einen entsprechenden Gesetzentwurf für das Gewerbegericht baldmöglichst vorzulegen.

9. Erhöhung der Gebühren für die Krankentransporte.

Die Bürgerschaft stimmt dem Antrage der Deputation für die städtischen Löschanstalten (Verhdlgn. S. 813/14) zu.

Sie ersucht die Deputation für die städtischen Löschanstalten, bei der nächsten Regelung die Sätze für die Krankentransporte in Bremen Stadt und Landgebiet nach Entfernungsgrenzen, ohne Beachtung der Stadtgrenzen festzusetzen.

10. Änderungen im Kassenraum der Unterrichtsverwaltung, Georgstraße 5.

Die Bürgerschaft stimmt dem Antrage des Senats (Verhdlgn. S. 814) zu.

11. Fürsorge für die Witwe des Diplomingenieurs Friedrich Müller.

Die Bürgerschaft stimmt dem Antrage der Deputation für Häfen und Eisenbahnen (Verhdlgn. S. 815) zu.

12. Verkauf eines Grundstücks in Bremerhaven.

Die Bürgerschaft stimmt dem Antrage der Deputation für Häfen und Eisenbahnen (Verhdlgn. S. 816) zu.

13. Erhöhung einer Gebühr bei Anlage von Straßen für Rechnung von Privatunternehmern.

Die Bürgerschaft stimmt dem Antrage der Baudputation, Abteilung Straßenbau (Verhdlgn. S. 816) zu.

14. Änderung des Gesetzes, betreffend die Stempelabgaben, vom 24. Juni 1922.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Gesetzentwurf (Verhdlgn. S. 817) mit der Maßgabe, daß in Absatz 2, Zeile 2 die Worte „mit Wirkung vom 15. Oktober 1922“ gestrichen werden.

15. Monatliche Festsetzung der Pflegesätze in den Krankenanstalten nach dem Stande der bremischen Teuerungszahlen.

Die Bürgerschaft stimmt dem Antrage der Deputation für das Gesundheitswesen (Verhdlgn. S. 819) zu.

16. Vereinskrankenhaus.

Die Bürgerschaft stimmt dem Antrage des Senats (Verhdlgn. S. 820) zu.

17. Veränderungen in der Besetzung einer Deputation.

Finanzdeputation. Es scheidet aus: Fr. Alfes, es tritt ein: Ed. Ahelis.